



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 17.08.2011

Niederschrift

3. Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 11.08.2011

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Horst Schneberger

Ausschussmitglied

Herr Christian Flöter

Herr Norbert Knöll

Herr Christian Kubela

Herr Dr. Jens Zimmermann

Stellvertretendes Mitglied

Herr Dr. Jochen Ohl

Vertreter für Herrn Handschuh

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Herr Dr. Fritz Roth

Bürgermeister

Herr Joachim Ruppert

Erster Stadtrat

Herr Diethard Kerkau

Magistrat

Herr Wilhelm Adams

Herr Dr. Klaus Dummel

Herr Richard Fikar

Frau Renate Filip

Herr Alois Macht

Frau Ursula Münch

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Michael Dahrendorf

Ausländerbeirat

Herr Kemal Kayurtgan

Schriftführerin

Frau Doris Mahler

Nicht anwesend:

Ausschussmitglied

Herr Heiko Handschuh

entschuldigt, Vertreter: Herr Dr. Jochen
Ohl

Herr Mathias Horn

entschuldigt

Herr Oliver Schröbel

entschuldigt

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Karl Dörr

entschuldigt

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Herr Sven Blümlein

Herr Karl-Heinz Jung

Herr Klaus Scheuermann

Magistrat

Herr Horst Engelhardt

Herr Reinhold Ritter

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:35 Uhr

Tagesordnung:

3. Haupt- und Finanzausschusssitzung am 11.08.2011

1. Freiwilliger Polizeidienst Bericht der Polizeistation Dieburg
2. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
3. Hundesteuersatzung - weiteres Vorgehen - Bericht des Ausschussvorsitzenden
4. Mitteilungen des Magistrates
5. Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung Beratungsstand
6. Seminar "Planspiel Dopoly"
7. Beratung der Tagesordnung der 4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 18.08.2011
8. Mitteilungen und Anregungen

Ausschussvorsitzender Schneberger eröffnet die 3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Gegen das Protokoll der 2. Sitzung vom 09.06.2011 liegen keine Einwendungen vor.

Zu TOP 1 **Freiwilliger Polizeidienst Bericht der Polizeistation Dieburg**

Am 09.08.2011 fand ein Gespräch mit Vertretern der Polizeistation Dieburg, dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden statt, in dem seitens der Polizei die Arbeit und die Befugnisse des freiwilligen Polizeidienstes erläutert wurden. Daher entfällt der Bericht in der heutigen Sitzung.

Zu TOP 2 **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

Herr Schneberger gibt bekannt, dass der Stadtverordnete Karlheinz Müller einen Antrag auf Genehmigung einer Fortbildung zum Haushaltsrecht gestellt hat. Es besteht Einvernehmen, diesem Antrag statt zu geben und die Fortbildung zu genehmigen.

Zu TOP 3 **Hundesteuersatzung - weiteres Vorgehen - Bericht des Ausschussvorsitzenden**

Im Jahr 2003 wurde vom Land Hessen die Hundeverordnung verabschiedet, in der eine Auflistung von gefährlichen Hunderassen enthalten ist und der ordnungsrechtliche Umgang mit diesen Hunderassen vorgeschrieben wurde. Die Auflistung der Hunderassen wurde Ende 2008 um die Rottweiler ergänzt. Die Hundeverordnung beinhaltet aber bezüglich der Haltung von Rottweilern eine Übergangsregelung.

Die Kommunen haben nun aufgrund der Hundeverordnung die Hundesteuersatzungen geändert und das Halten gefährlicher Hunderasse mit höheren Steuern belegt. Dagegen haben viele Hundehalter Widersprüche eingelegt, da sie der Meinung sind, die ordnungsrechtliche Übergangsregelung müsste auch auf das Steuerrecht übertragen werden. Beim Verwaltungsgericht ist diesbezüglich auch eine Klage eines Hundehalters gegen die Stadt Groß-Umstadt anhängig.

Bereits im letzten Jahr hat sich der H+F mit dieser Angelegenheit befasst und es bestand Einvernehmen, die Steuersatzung nicht zu än-

dern, d. h. keine Übergangsregelung für gefährliche Hunde (Bestandshunde) in die Satzung zu übernehmen.

Der Ausschussvorsitzende ist der Aussage eines Betroffenen nachgegangen, wonach die Stadt Erbach auch steuerrechtlich eine Übergangsregelung festgelegt hat. Die Recherche hat ergeben, dass die Stadt Erbach eine Übergangsregelung in der Hundesteuersatzung nicht vorgesehen hat (im Prinzip die gleiche Satzung wie in Groß-Umstadt, nach der Mustersatzung des Hess. Städtetages). Aber tatsächlich verfährt die Verwaltung der Stadt Erbach entgegen deren Steuersatzung und besteuert Bestandshunde niedriger. Bürgermeister Ruppert stellt aber klar, dass die Verwaltung keinen Handlungsspielraum hat. Entweder ist wird nach Satzung verfahren oder die Satzung wird geändert.

Weiteres Vorgehen:

Es besteht Einvernehmen darüber, dass kein Handlungsbedarf ist. Es wird der Ausgang der Klage beim Verwaltungsgericht abgewartet und berichtet.

Zu TOP 4 Mitteilungen des Magistrates

Bürgermeister Ruppert teilt mit,

- dass die neuen Steuerdaten (Kenndaten) eingegangen sind, die Prognosen zeigen weiterhin keine Verbesserung sondern eher Verschlechterungen..
Weiterhin stehen höhere Rückzahlungen bei der Gewerbesteuer an, diese müssen in den Nachtragshaushalt eingearbeitet werden. Allerdings finden hier noch Gespräche statt mit dem Unternehmen für das Gewerbesteuerrückzahlungen fällig werden. Dabei geht es nicht darum, dass mehr Gewerbesteuer gezahlt wird sondern um die Verteilung zwischen den beteiligten Kommunen der betroffenen Organgesellschaft. Gemeinsames Ziel der Stadt Groß-Umstadt und dem Unternehmen ist die Gewerbesteuer doch stärker in Groß-Umstadt zu belassen. Ob es hier Spielräume gibt wird derzeit geprüft.
- dass der Magistrat am Montag (15.08.2011) darüber beraten wird, ob der Beitritt zum Breitbandprojekt des Odenwaldkreises beantragt werden soll. In dieser Angelegenheit wird es am 12.09.2011 in Lengfeld ein gemeinsames Gespräch mit den Mitgliedern des H+F und des Bauausschusses der Stadt Groß-Umstadt und der Gemeinde Otzberg, dem Magistrat Groß-Umstadt und dem Gemeindevorstand Otzberg sowie Bürgermeister Ruppert und Bürgermeister Ohlemüller geben. Über einen Beitritt muss dann auch das Parlament beschließen. Es muss ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, damit eine Landesbürgerschaft beantragt werden kann.

Zu TOP 5 Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung Beratungsstand

Bereits im Herbst 2010 befasste sich der H+F in mehreren Sitzungen mit der Änderung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung. Die Änderung der Satzungen war auch Tagesordnungspunkt in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2010, wurde in der Sitzung aber wieder von der Tagesordnung genommen, um den Fraktionen noch einmal Zeit zur Erörterung zu geben.

Bürgermeister Ruppert erläutert anhand der in der heutigen Sitzung verteilten Unterlagen den Sachstand, um alle Mitglieder auf den gleichen Kenntnisstand zu bringen. Die Unterlagen wurden auch per Mail an die Ausschussmitglieder, den Stadtverordnetenvorsteher und die Magistratsmitglieder versandt, damit in den Fraktionen beraten werden kann.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass Herr Schimpf von der Friedhofsverwaltung in der Septembersitzung des H+F die Kalkulationen und die entsprechenden Änderungen in den Satzungen vorstellen soll. Danach sollen die Fraktionen in die Beratungen gehen, so dass in den Oktobersitzungen des H+F und der Stadtverordnetenversammlung die entsprechenden Beschlüsse gefasst und die Satzungen zum 01.01.2012 in Kraft treten können.

Zu TOP 6 Seminar "Planspiel Dopoly"

Die KGSt hat der Stadt Groß-Umstadt ein Inhouse-Seminar zum Haushaltsrecht angeboten. Das Seminar findet am Samstag, 12.11.2011 von 9:00 Uhr bis 16:00 Uhr statt. Maximal 15 Teilnehmer können an diesem Seminar teilnehmen. Die Anmeldungen sind über das Parlamentarische Büro vorzunehmen. Sollten mehr als 15 Anmeldungen eingehen, besteht die Möglichkeit, ein zweites Seminar anzubieten.

Zu TOP 7 Beratung der Tagesordnung der 4. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 18.08.2011

Es werden die Punkte 4 und 5 sowie 9 – 14 der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung besprochen.

Bürgermeister Ruppert erläutert die einzelnen Punkte.

Zu TOP 4: Kommunales Handlungsprogramm und Indikatoren

In Punkt 5 der Beschlussvorlage soll noch ein Vorbehaltsvermerk („spätestens 2013“) eingearbeitet werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmige Empfehlung

zu TOP 5: Kündigung des Koordinationsvertrages mit dem Land Hessen über den Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes

Es besteht Konsens, dass der Freiwillige Polizeidienst beibehalten werden soll und der Koordinationsvertrag nicht gekündigt wird. Allerdings ein entsprechender Beschlussvorschlag benötigt, aus dem hervorgeht, dass entgegen des Haushaltsbeschlusses vom März 2010 keine Kündigung ausgesprochen wird. Die Beschlussvorlage wird entsprechend geändert und dem Parlament vorgelegt.

Außerdem besteht Einvernehmen, dass über Vorschläge zur besseren Einbindung des freiwilligen Polizeidienstes nachgedacht werden soll.

Abstimmungsergebnis:

einstimmige Empfehlung keine Kündigung auszusprechen und den Beschluss vom März 2010 in diesem Punkt aufzuheben

zu TOP 9: Antrag der BVG – Fraktion vom 27.01.2011 bzgl. der Einrichtung und dauerhaften Durchführung einer Kampagne bzw. eines Projektes mit dem Arbeitstitel „Sauberes Groß-Umstadt“

Der Bauausschuss hat empfohlen, diesen Antrag noch einmal zur Beratung an den OB Umstadt zu verweisen, dem schließt sich der H+F an.

Zu TOP 10: Nachwahlen in die ZAW – Verbandsversammlung

Seitens der SPD – Fraktion werden als Vertreter Herr Gerhard Dubrau und als persönlicher Stellvertreter Herr Karlheinz Müller vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmige Empfehlung

Zu TOP 11 und TOP 12: Antrag der FDP vom 16.06.2011 bzgl. Änderung des § 114b HGO und Antrag der FDP vom 16.06.2011 bzgl. Änderung des § 60 GemHVO

Es besteht Einvernehmen, diese beiden Punkte noch einmal in den Teil B der Tagesordnung zu verschieben. Herr Dr. Roth möchte dazu noch

weitere Informationen einholen.

Zu TOP 13: Antrag der FDP vom 01.08.2011 bzgl. Bericht des Revisionsamtes über die technische Prüfung vom 07.10.2008

Abstimmungsergebnis:

einstimmige Empfehlung

Zu TOP 14: Vierte Änderung der Satzung über die Benutzung der von der Stadt Groß-Umstadt betriebenen Kindertagesstätten

Abstimmungsergebnis:

einstimmige Empfehlung

Zu TOP 8 Mitteilungen und Anregungen

keine Mitteilungen

Horst Schneberger
Ausschussvorsitzender

Doris Reichenberger
Schriftführerin